



Frankreichs Kurswechsel gegenüber Teheran: Die Einstufung der Revolutionsgarden als Terrororganisation signalisiert eine neue europäische Linie

Die Europäische Union steht vor einer symbolträchtigen, geopolitisch heiklen Entscheidung: Die Aufnahme der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) in die EU-Terrorliste. Was lange als unwahrscheinlich galt, wird nun Realität – auch dank einer Kehrtwende Frankreichs, das sich bislang als Bremser positioniert hatte. Mit der Zustimmung aus Paris öffnet sich der Weg für eine einheitliche europäische Linie gegenüber dem Iran. Die Folgen dieser Entscheidung dürften weitreichend sein – diplomatisch, rechtlich und strategisch.

Frankreichs Sinneswandel kommt zu einem heiklen Zeitpunkt: Am Vorabend eines EU-Außenministertreffens in Brüssel verkündete der französische Außenminister Jean-Noël Barrot die Unterstützung seines Landes für die Maßnahme. Noch vor wenigen Wochen galt Paris als zögerlich, mahnte zur Vorsicht und setzte auf diplomatische Kanäle. Doch die anhaltende, brutale Repression der Proteste im Iran hat nun offenbar eine Neubewertung ausgelöst. Barrot sprach von einer „intolerablen Gewalt“, für die Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

Ein Präzedenzfall in der europäischen Sanktionspolitik

Die Entscheidung berührt grundlegende Fragen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Noch nie hat die EU eine offizielle Organisation eines souveränen Staates als Terrorgruppe eingestuft. Zwar führen die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien die IRGC bereits seit Jahren auf ihren Terrorlisten, doch die EU hatte sich bislang schwergetan, diesen Schritt mitzutragen – nicht zuletzt aus Sorge um die Auswirkungen auf die diplomatischen Beziehungen zu Teheran.

Die Revolutionsgarden sind nicht irgendeine paramilitärische Gruppierung. Sie stellen eine mächtige, parallel zu den regulären Streitkräften operierende Struktur innerhalb des iranischen Staatsapparats dar. Ihr Einfluss reicht weit über das Militärische hinaus: Sie kontrollieren weite Teile der iranischen Wirtschaft, insbesondere im Bauwesen, im Energiesektor und in der Rüstungsindustrie, und spielen eine Schlüsselrolle in den iranischen Nuklear- und Raketenprogrammen. Eine Einstufung als Terrororganisation bedeutet daher nicht nur politisches Stigma, sondern kann zu erheblichen wirtschaftlichen und diplomatischen Konsequenzen führen.



Von Bedenken zur Einigkeit: Die Dynamik hinter der Entscheidung

Der französische Kurswechsel ist Teil einer breiteren Verschiebung in der europäischen Haltung gegenüber Teheran. Nachdem in den letzten Tagen auch Spanien und Italien ihre Vorbehalte aufgegeben hatten, zeichnete sich eine mögliche Einstimmigkeit im Rat der EU ab – Voraussetzung für jede Erweiterung der Terrorliste. In Paris wog man offenbar das Risiko diplomatischer Folgen gegen die Notwendigkeit europäischer Geschlossenheit und politischer Konsequenz ab. Die moralische Dringlichkeit angesichts der Lage im Iran überwog letztlich die strategischen Vorbehalte.

Diplomatische Quellen berichten, Frankreich habe lange befürchtet, dass eine solche Maßnahme den letzten verbliebenen Gesprächskanal mit Teheran kappen könnte – etwa im Hinblick auf die Freilassung europäischer Staatsbürger, die im Iran inhaftiert sind, oder bei Verhandlungen über das Atomabkommen (JCPOA). Doch die zunehmende Eskalation der Repression im Iran, bei der laut Menschenrechtsorganisationen tausende Demonstrierende getötet oder verhaftet wurden, ließ die Bedenken zunehmend verblassen.

Juristische Grauzonen und geopolitische Risiken

Die juristische Grundlage für eine solche Maßnahme ist komplex. Die EU kann Organisationen auf Grundlage konkreter terroristischer Handlungen in ihre Liste aufnehmen. Doch wie lässt sich dies bei einem staatlichen Akteur anwenden, der gleichzeitig offizieller Bestandteil des Regierungssystems eines Landes ist? Kritiker warnen vor einer potenziellen Verwässerung der juristischen Standards und einer Instrumentalisierung der Terrorliste für außenpolitische Zwecke. Die Beweislage, die eine solche Listung rechtfertigen muss, dürfte besonders sorgfältig geprüft werden.

Zugleich steht die Entscheidung exemplarisch für eine Verschiebung in der europäischen Außenpolitik: weg von rein realpolitischer Interessensabwägung, hin zu einer stärkeren Betonung von Menschenrechten und normativer Außenpolitik. Es ist ein bewusster Bruch mit dem bisherigen Versuch, selbst unter schwierigen Bedingungen Gesprächskanäle offenzuhalten – ein Ansatz, der in der Vergangenheit etwa im Rahmen des Atomabkommens mühsam verfolgt wurde.



Strategische Folgen: Druck erhöhen, Türen schließen?

Sollte die Einstufung erfolgen, wird dies die Beziehungen zwischen der EU und dem Iran weiter belasten – mit ungewissen Folgen. Die Sanktionen, die mit einer Listung einhergehen, umfassen Vermögenssperren, Reiseverbote und das Verbot finanzieller Unterstützung. Es ist ein starkes Signal der Solidarität mit der iranischen Opposition – aber auch ein kalkulierter diplomatischer Affront.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie belastbar die außenpolitische Strategie der EU gegenüber autoritären Regimen noch ist. Die Entscheidung könnte Auswirkungen über den Iran hinaus haben: Sie wird in Moskau ebenso wahrgenommen wie in Peking, Ankara oder Riad – überall dort, wo europäische Diplomatie regelmäßig an autoritäre Realitäten stößt.

Auch innenpolitisch ist die Entscheidung nicht ohne Bedeutung. Sie kommt einem Schulterschluss mit der iranischen Diaspora in Europa gleich, die seit Jahren auf eine härtere Gangart gegenüber Teheran drängt. Zugleich markiert sie eine Positionsverschiebung der französischen Diplomatie, die bislang stets betont hatte, auch mit problematischen Partnern im Gespräch bleiben zu wollen.

Am Ende ist der Schritt ein Dammbruch: Die Aufnahme einer staatlichen Organisation in die EU-Terrorliste könnte zum Präzedenzfall werden – mit offenem Ausgang. Er steht exemplarisch für den wachsenden Druck auf westliche Demokratien, ihre außenpolitischen Prinzipien glaubhaft zu vertreten, auch wenn dies strategische Risiken mit sich bringt. Frankreichs neue Haltung macht deutlich: In Brüssel wie in Paris ist man bereit, diesen Preis zu zahlen – zumindest vorerst.

Autor: P. Tiko